

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 3611 62 49
B: 100 500 110 061 00 787

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 20, 5. Oktober 2000

Einblicke

Dauerthema

Von Helmut Lölhöfel

Vor 17 Wochen wollte der Deutsche Bundestag schon einmal über das Thema Rechtsextremismus diskutieren. Anlässe waren ein Antrag der FDP, ein nachgeschobener Antrag von SPD und Grünen und ein Gesetzentwurf der PDS. Aber als das Ganze aufgerufen wurde, war es 21.00 Uhr. Niemand hatte Lust, keiner mochte zuhören. So entschlossen sich die Fraktionsgeschäftsführer, die Debatte von der Tagesordnung abzusetzen. Die vorbereiteten Redebeiträge wurden schriftlich zu Protokoll gegeben. Das war am 8. Juni. Eine peinliche Angelegenheit.

Als am 27. Juli in Düsseldorf ein Sprengsatz explodierte und aus Russland stammende Juden verletzte, brach eine bis dahin unterdrückte öffentliche Debatte über den Rechtsextremismus los. Um so ärgerlicher war das Versäumnis des Bundestags. Krampfhaft wurde nach einem neuen Termin gesucht. Die nachgeholte Debatte fand am 28. September statt, am Vormittag. Das interessierte Publikum hatte Gelegenheit, sie wahrzunehmen.

Unbegreiflich ist, dass bei einer so bedeutenden Debatte und angesichts dieses Vorlaufs nicht einmal die Hälfte der 669 Bundestagsmitglieder im Saal war. Gerade an diesem Tag wäre es gut gewesen, Präsenz zu zeigen. Aber immerhin: das Parlament hat eine Debatte geführt, und zwar auf überdurchschnittlich hohem Niveau. Dazu trug vor allem Bundestagspräsident Wolfgang Thierse mit einer ebenso eindeutigen wie nachdenklichen Rede bei, die von allen Fraktionen mit Beifall aufgenommen wurde.

Das nächste Datum ist der 25. Oktober. Dann findet eine Anhörung des Innenausschusses zum Rechtsextremismus statt. Anschließend werden die vorliegenden Anträge beraten, mittlerweile ist einer der CDU/CSU hinzu gekommen, und es folgt eine erneute Debatte. Dieser Zeitplan ist hilfreich, denn so bleibt es Dauerthema.

Gefährliche Ideologien

Die Offensive gegen Rechtsextremismus darf sich nicht auf Verbotsforderungen von Parteien wie der NPD beschränken.

Seite 2 ■

„Herbstkampagne“

Mit einem Strategiewechsel will die NPD-Führung einem Verbot zuvorkommen. Künftig soll ein „positives Weltbild“ vermittelt werden.

Seite 3 ■

In den Bankrott treiben

Amerikanische Bürgerrechtler wollen Rechtsextremisten durch hohe Schmerzensgeldklagen finanziell ruinieren.

Seite 5 ■

„Menschenskinder“

Eine Initiative von Medienschaffenden will mit den besseren Argumenten rechten Jugendlichen entgegentreten.

Seite 6 ■

Blutige Vergangenheit

Japan hat sich nie mit seinen im Zweiten Weltkrieg begangenen Gräueltaten auseinandergesetzt.

Seite 8 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Seitenblick**Gedankengut ächten***Von Christoph Butterwegge***Verbot der NPD – nur ein Pyrrhussieg für die Demokratie?**

Die seit dem Düsseldorfer Bombenanschlag im Juli intensiv geführte Diskussion über den Rechtsextremismus hat wenig Tiefgang und bleibt meistens an der Oberfläche, weil sie die Ursachen des Problems fast ganz ausspart. Man konzentrierte sich auf die Streitfrage, ob ein NPD-Verbot beim Bundesverfassungsgericht beantragt werden solle oder nicht. Ausgerechnet Bayerns Innenminister Günther Beckstein, der kurz vorher angeregt hatte, deutlicher zwischen „Ausländern, die uns nützen“, und „Ausländern, die uns ausnützen“ zu unterscheiden, brachte das NPD-Verbot ins Gespräch und blockierte dadurch eine Debatte über die gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Hintergründe der Rechtsentwicklung.

Wer nicht darüber reden will, warum Rechtsextremismus entsteht, also die Augen vor der Rivalität in einer neoliberalen Konkurrenzgesellschaft als Quelle zunehmender Brutalität verschließt, kann zu seiner Eindämmung wenig beitragen. Anders formuliert: Gegenmaßnahmen greifen nur, wenn sie an den eigentlichen Ursachen, nicht bloß an den organisatorischen Erscheinungsformen (wie etwa der NPD), ansetzen.

Die organisatorische Schlüsselbedeutung der NPD liegt in ihrer Scharnier- beziehungsweise Brückenfunktion, das heißt der Vermittlung zwischen Nationalkonservatismus, Deutschnationalismus und Rechtsextremismus. Insofern würde ein Verbot „die richtige“ Partei treffen, deren Kader besonders in Ostdeutschland große Rekrutierungserfolge unter – meist männlichen – Jugendlichen verzeichnen. Eine rechtsextreme Partei wie die NPD zu verbieten bedeutet nicht, ihre politisch-ideologische Basis zu zerstören. Die organisatorische Schwächung sowie Verunsicherung von Mitgliedern und Sympathisanten kann sogar ein Pyrrhussieg für die Demokratie sein, wenn sich die Betroffenen als Märtyrer gerieren und auf Gruppierungen mit ähnlicher Schlagkraft auszuweichen vermögen. So symbolträchtig ein NPD-Verbot wäre, so wenig würde damit erreicht, bliebe die Offensive gegen den Rechts-

extremismus darauf beschränkt. Parteien und Organisationen sind „leere Hüllen“; viel gefährlicher sind die politischen Inhalte und Ideologien, die sie repräsentieren und die es zu treffen gilt, weit über die zahlenmäßig unbedeutende NPD hinaus.

Ein möglichst von Bundesregierung, -tag und -rat gemeinsam zu stellender Verbotsantrag macht nur Sinn, wenn die der NPD-Politik zugrunde liegenden Ideologien: Rassismus, Nationalismus und Sozialdarwinismus mit derselben Härte bekämpft werden wie die Parteiorganisation. Entweder wirkt der Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht als leere Drohgebärde beziehungsweise gar als bloßes Alibi, oder er fungiert als Signal, dass Rechtsextremismus in unserem Land nicht mehr geduldet wird. Die prominenten Befürworter eines Verbotsantrages, allen voran die Innenminister der Unionsgeführten Bundesländer, haben bisher nicht erkennen lassen, dass sie mit dieser Maßnahme eine Ächtung des Gedankengutes von Neonazis verbinden.

Verfassungsrichter/innen bleiben vom politischen Klima eines Landes nicht unbeeinflusst: Wenn sich ein antifaschistischer Grundkonsens herausbildet, dass organisierter Rechtsextremismus den demokratischen Verfassungsprinzipien widerspricht, hätte der Verbotsantrag gute Chancen, vom Bundesverfassungsgericht positiv beschieden zu werden. Nötig ist eine Doppelstrategie im Kampf gegen den Rechtsextremismus: Neben der Auflösung solcher Organisationen wie Blood&Honour und Parteien wie der NPD muss die Aufklärung über den demokratiefeindlichen, verfassungswidrigen und zutiefst inhumanen Charakter seiner Politik treten. Die organisatorischen Bewegungsspielräume für Rechtsextremisten zu beschneiden schränkt die Demokratie nicht ein. Ganz im Gegenteil: Demokratie erfordert, die politischen Wirkungsmöglichkeiten ihrer Todfeinde zu begrenzen.

Um den organisierten Rechtsextremismus zu schwächen, muss man die Demokratie stärken. Es kann nicht etwa darum gehen, Grundrechte einzuschränken, wie es die Forderung nach „Berufsverboten für Neonazis“ tut, sondern darum, die bestehenden Gesetze und Strafbestimmungen konsequent gegen Rechtsextreme anzuwenden, was jahrzehntelang versäumt wurde, als die rechten Brandstichter in dem Gefühl operierten, nur dem „Volkswillen“ Ausdruck zu verleihen und dem Gerede der Politiker über „Scheinasylanten“ und „Asylantenfluten“ die erlösende Tat folgen zu lassen.

Prof. Butterwegge lehrt Politikwissenschaften in Köln

Aktivitäten**Strategiewechsel****Die NPD will durch Gegenmaßnahmen einem Verbot zuvorkommen.**

Ein möglicher Verbotsantrag wird die NPD nicht unvorbereitet treffen. „Aufgrund zunehmend rechtswidriger Maßnahmen ist für eine sichere Unterbringung von personenbezogenem Datenmaterial Sorge zu tragen“. So ein Antrag des Kreisverbands Münster. Gestellt allerdings nicht als Reaktion auf die gegenwärtige Verbotsdebatte, sondern behandelt durch den Bundeshauptausschuss bereits im Dezember 1996. In die gleiche Richtung zielten der Auftrag an die Führungsgremien, „die Arbeitsmittel der Partei für die Zukunft zu sichern“, wie auch der Antrag, „aus Sicherheitsgründen“ nur noch sehr eingeschränkt Namen von Funktionären zu nennen. Der bisherige Parteivorsitzende Günter Deckert war für längere Zeit hinter Gittern gewandert; die NPD fürchtete eine Ausweitung repressiver Maßnahmen auf die Gesamtpartei.

Zur Sicherung der Arbeitsmittel dürfte auch die Geldverlagerung ins Ausland gehören. In dieser Hinsicht sollte also bereits Vorsorge getroffen worden sein. An mahnenden Stimmen aus dem sympathisierenden Umfeld hatte es ebenfalls nicht gefehlt. 1998 verkündete Manfred Rouhs gemeinsam mit dem NPD-Kader Stefan Rabe warnend in „Europa Vorn“ in Richtung des NPD-Chefs Udo Voigt, diesem müsse doch „aufgrund seiner langjährigen Erfahrung klar sein, dass der von ihm eingeschlagene Kurs geradewegs ins Parteiverbot führt. Mehr und mehr nutzen die etablierten Massenmedien die Mitarbeit von einigen wenigen NS-Anhängern in der NPD, um Verbotsforderungen zu erheben und so Druck auf die zuständigen staatlichen Stellen auszuüben.“

Die Führung der NPD entschloss sich, solche Warnungen zu ignorieren. Aus den „einigen wenigen NS-Anhängern“ ist eine deutliche Präsenz geworden, die in einigen Regionen (zum Beispiel Thüringen) zur Dominanz geraten ist. Da die offiziellen Stellen mit dem Verbot von „Blood&Honour“ und des „Hamburger Sturms“ unterstrichen haben, dass sie gewillt sind, den Worten auch Taten folgen zu lassen, ist die NPD zu Reaktionen gezwungen, die sie einerseits vom Druck entlasten und andererseits wieder in die Offensive bringen sollen.

Eine der Gegenmaßnahmen besteht darin, „bis auf Weiteres“ auf alle öffentlichen Aufzüge zu verzichten. Das „Drei-Säulen-Konzept“ als strategische Grundlinie hatte sich bei der ersten Säule, dem „Kampf um die Straße“, als teilweise kontraproduktiv erwiesen. Zwar konnte damit die Handlungsfähigkeit hergestellt werden, doch war dies häufig wegen des Erscheinungsbildes der Demonstranten mit negativer Publicity verbunden. Hinzu kam, dass die Parteispitze oft nicht in der Lage war, Verlauf und Inhalt solcher Aufmärsche zu bestimmen. Die defensive Maßnahme des Demonstrationsverzichts bietet Gelegenheit, ohne Gesichtsverlust beim Umfeld Teilbereiche der Strategie zu überdenken und zu modifizieren. Offiziell wird sie damit begründet, dass man „Störungen durch eingeschleuste Provokateure“ verhindern will.

Es darf bezweifelt werden, dass die zur Sympathiewerbung gedachte Kampagne „Ja zu Deutschland - Ja zur NPD“ die gewünschte Resonanz findet. Die anderen Parteien der extremen Rechten halten sich weiterhin in genierlicher Distanz, und aus dem parteifreien Spektrum des Lagers sind nur wenige Unterschriften zu finden, die nicht aus dem direkten Umfeld der NPD kommen. Zu nennen sind hier neben Franz Schönhuber vor allem Professor Klaus Sojka (Ex-DVU), Professor Wolfgang Kurzweg (REP-Brandenburg) und der ehemalige REP-Landesvorsitzende von Berlin, Professor Klaus Weinschenk. Initiator Horst Mahler ist wie seine Frankfurter Unterführerin Annemarie Paulitsch inzwischen der NPD beigetreten. Der größte Teil der aufgeführten Unterzeichner besteht aus kommunalen Mandatsträgern der NPD selbst beziehungsweise aus Funktionären der Partei.

Insgesamt ist zweifelhaft, ob die NPD die Planziele ihrer angelaufenen „Herbstkampagne“ erreichen kann. Unter dem Motto „Argumente statt Verbote“ soll mittels „hunderter von Infoständen“ die Meinungsfreiheit in den Mittelpunkt der Agitation gestellt werden. Der dazu interviewte Franz Schönhuber zieht hierfür gar die „jüdische Kommunistin“ Rosa Luxemburg als Gewährsperson heran. 2 000 Neuaufnahmen sind die Zielvorgabe, 744 Personen seien, so Voigt, bereits im ersten Monat beigetreten. Ein „positives Weltbild“ wolle man vermitteln, den „Modernisierungsprozess“ der Partei aufzeigen. Zunächst aber müssen die Mitglieder auf den Strategiewechsel eingestimmt werden. Noch dominiert hier die Angst. Ein großer Teil der aktuellen „Deutschen Stimme“ ist dem Gezeter über „Meinungsverbote“ vorbehalten. *Andreas P. Zaleshoff*

Aktivitäten**Blut-und-Ehre online**

Die verbotene Skinhead-Organisation ist weiter im Netz vertreten.

Der deutschsprachige Domainnamen wurde Blood & Honour (B&H) Deutschland schon vor dem Verbot gesperrt. Seither sind die Seiten über den amerikanischen Freehoster Geocities abrufbar, einem der großen Anbieter von kostenlosem Speicherplatz im Internet.

Am Erscheinungsbild der mehrsprachigen Seite hat das Verbot nichts geändert - hier scheint die deutschsprachige Division dieselben Probleme zu haben, wie sie auch für die britische B&H-Seite typisch scheinen. Beide wirken schlecht gepflegt und veraltet. „Hauptaufmacher“ ist die „Menschenverfolgung“ gegen Neonazis und Kampfhunde. Auch veraltete Demotermine deuten auf ein veraltetes Angebot, ebenso wie ein Spendenaufruf für den Ludwigshafener Skinhead Christian Hehl (NPD), bei dem ein nicht mehr existentes Spendenkonto angegeben wird. Verantwortlich für diese Seite dürften der E-Mailadresse zufolge Thüringer B&H-Skinheads sein, begrüßt wird außerdem „Bosch“ für die Hilfe bei der Seite - einiges deutet darauf hin, dass damit der Betreiber der neonazistischen Skin-Internetseite „Bosch88“ gemeint ist.

Eines der Hauptziele der Seite scheint denn auch nicht Aktualität zu sein, sondern die Bekanntmachung von einschlägigen Adressen. So werden neben diversen Postfächern von B&H Deutschland Adressen vom einschlägigen Versandhandel ebenso verbreitet wie von Tatooshops und Label-Adressen - darunter bekannte Namen wie Head-Check, Hanse Records oder Resistance Records, aber auch der Buchdienst Nation Europa. Weiter wird auf Zines hingewiesen, sowohl die auf eigenen wie auch andere, so das „Zentralorgan“, das Schweizer Blatt „Race et Nation“ sowie Zines von russischen, serbischen oder finnischen „Divisionen“.

Zu den weiteren Seitenelementen zählt ein Gästebuch mit üblichen strafrechtlich relevanten Formulierungen sowie zahlreiche Links. Dabei wird nicht auf diverse B&H-Seiten im Netz verwiesen, sondern auch auf Labels und neonazistische Seiten wie „Stormfront“, „Die Kommenden“, deren Hauptziel Anti-Antifa-Arbeit ist, sowie auf die „Hammerskins Nation“. *Rudolf Kleinschmidt*

Aktivitäten**In der Offensive**

Die Deutschen Konservativen planen eine neue Partei.

Joachim Siegerist, Bundesvorsitzender der Deutschen Konservativen frohlockt. Mit sichtlichem Stolz gibt der Ex-„Bild“-Journalist im September-Rundschreiben seines rechtsextremen Vereins bekannt, dass beim diesjährigen Herbst-Kongress vom 8. bis 14. Oktober in Klagenfurt neben mehreren FPÖ-Spitzenpolitikern auch Jörg Haider anwesend sein wird. Weitere „Überraschungs-Gäste“ will Siegerist „erst im letzten Moment präsentieren.“ Die Referenten aus der Bundesrepublik sind allesamt als Autoren oder Mitarbeiter der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ bekannt: Bruno Baudet, Ivan Denes, Hans-Hellmuth Knütter und Chefredakteur Dieter Stein.

Bereits im Juli wollen sich Siegerist und Heinrich Lummer, Ehrenpräsident der Deutschen Konservativen, mit Haider getroffen haben. „In nahezu allen politischen Bereichen waren unsere Meinungen deckungsgleich.“ Wir sind „als Freunde auseinander gegangen und haben eine enge Zusammenarbeit vereinbart.“, bewertete Siegerist das Treffen. Jörg Haider, so hofft Siegerist im September-Rundschreiben, „könnte der Zündfunke für die Bildung konservativer Parteien in Europa sein.“

Im August teilte Siegerist mit, dass er an die Gründung einer „konservativen Partei“ denke. Die solle zuerst in „kleinen überschaubaren Gebieten mit bundesweiter Ausstrahlung“ antreten. Benötigt werde aber eine „gefüllte Kriegskasse“ in Höhe von 3,5 Millionen Mark. Abgelehnt wird von ihm ein „Zusammengehen aller akzeptablen rechten Organisationen“: „Frey ist kein Partner für Konservative. Der geschwätzige und eitle Schönhuber. Besten Dank!“ Ein „Zusammengehen“ kann sich Siegerist mit den REP, „aber auch nur begrenzt auf Baden-Württemberg“, vorstellen. Zunächst wurde ein „Arbeitskreis konservative Partei“ ins Leben gerufen. Zum bundesweiten „Durchbruch“ der Truppe soll der einstige Strauß-Spezi Peter Helmes, ehemals JU-Bundesgeschäftsführer, später Geschäftsführer der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, verhelfen. Vorgesehen ist, vorausgesetzt der Spendenzufluss an die Konservativen hält an, dass Helmes hauptamtlicher Mitarbeiter des Vereins wird. *A.M.*

Ausland**Ökonomische Keulen****Hohe Schmerzensgeldklagen sollen US-Neonazis in den Bankrott treiben.**

Es begann im Juli 1998 mit einem unschönen Zwischenfall auf einer unasphaltierten Nebenstraße im Norden des US-Bundestaates Idaho. Victoria Keenan und ihr damals 18-jähriger Sohn fuhren in der Nähe des Geländes der Aryan Nations (AN) - einer der etabliertesten rechtsextremen Organisationen in den USA -, als ihr altersschwaches Auto mit einer Fehlzündung liegen blieb. Unter dem Eindruck, ein Schuss sei abgefeuert worden, stürzte kurz darauf eine Meute bewaffneter AN-Sicherheitsleute auf die Keenans zu, bedrohte und schlug sie. Zwei Männer wurden für diesen Zwischenfall zu Gefängnisstrafen verurteilt. Dies reichte jedoch lokalen Bürgerrechtsbewegungen nicht aus. Sie sahen hier eine Gelegenheit, den Arischen Nationen ein für allemal den Garaus zu machen.

Die Chancen dieses Ziel zu erreichen stieg rapide an, als sich der Mitbegründer des Southern Poverty Law Centers (SPLC), Morris Dees, bereit erklärte, im Namen der Keenans die AN und deren Führer Richard Butler auf Schmerzensgeld zu verklagen. Anwalt Dees hat sich in den letzten 15 Jahren einen Namen damit gemacht, rechtsextreme Gruppen, deren Existenz und Propaganda in den USA legal sind, durch in Zivilprozessen erstrittene hohe Geldstrafen in den Bankrott zu treiben. Diese „ökonomische Keule“ wurde schon in einem Prozess im Jahre 1990 gegen den Gründer der White Aryan Resistance (WAR), Tom Metzger, und seinen Sohn John eingesetzt. Beide wurden zu Schmerzensgeldzahlungen in Höhe von US\$ 12,5 Millionen an die Hinterbliebenen des äthiopischen Studenten Mulegato Seraw verurteilt, der von WAR nahe stehenden Skinheads ermordet worden war. Das Gericht befand, dass die Metzgers durch ihre gewaltverherrlichende Propaganda indirekt für den Tod von Seraw verantwortlich waren. In ähnlicher Weise hatte Dees auch einen Prozess gegen eine Untergruppe des KuKluxKlans gewonnen.

Im Fall der Aryan Nations, der vom 28. August bis zum 7. September verhandelt wurde, argumentierte Dees wiederum erfolgreich gegen den 82-jährigen Richard Butler, dem er eine Mitschuld am Verhalten der von ihm geführten Sicherheitsmann-

schaft vorwarf. Nach zehn Stunden Beratung sprachen die Geschworenen den Keenans ein Schmerzensgeld von insgesamt US\$ 6,3 Millionen zu. Butler muss mit US\$ 5 Millionen den größten Teil der Zahlung leisten, der Rest verteilt sich auf den Sicherheitschef Mike Teague (US\$ 633 000) sowie die beteiligten AN-Mitglieder Jesse Warfield (US\$ 500 000) und John Yeager (US\$ 100 000). Auf dem Fuße folgte ein Pfändungsantrag von Dees für die mehrere Hektar große Anlage der Aryan Nations, die Butler gehört nebst Propagandamaterial, Computern und seiner gesamten beweglichen Habe.

Seit 1972 ist das AN-Anwesen im Norden Idahos eines der wichtigsten Treffpunkte der amerikanischen extremen Rechten. Der jährlich im Juli stattfindende Aryan World Congress gilt als eine Art rechtsextremes „Familientreffen“, das Christian Identity-Prediger mit Neo-Nazis, Skinheads und Vertretern des KuKluxKlans zusammenbringt.

Schon kurz nach der Urteilsverkündung gegen die AN und Butler kündigten zwei Sympathisanten an, die Arischen Nationen an anderer Stelle weiterführen zu wollen. Butlers langjähriger Weggefährte, August Kreis, gab bekannt, schon jetzt nach einem Gelände für den nächsten AN-Kongress in der Nähe seines Hauses in Ulysses, Pennsylvania, zu suchen. Auch Vincent Bartollini, Software-Millionär aus Kalifornien, hat Butler angeboten, an seinen neuen Wohnsitz in Sandpoint, Idaho, zu ziehen und von dort aus die AN neu aufzubauen.

Ein langfristiger Erfolg der Schmerzensgeldklagen ist noch unbewiesen. Weder der KuKluxKlan noch WAR haben sich aufgelöst. Vielmehr hat die Niederlage gegen Dees Tom Metzger zu einer Ikone der extremen Rechten gemacht, ohne dass, wie er sich brüstet, auch nur eine Ausgabe der WAR-Zeitung jemals ausgefallen sei. Auch der greise Butler, der seine Nachfolge schon vor einem Jahr geregelt hatte, gilt nun als Märtyrer. Sogar Anhänger der AN geben zu, dass sich das Ende der Gruppe durch die Verurteilung nur beschleunigt hat. Andere Organisationen stehen bereit, in das entstehende Vakuum zu treten.

Die Prozessniederlage hat insgesamt einen starken Solidarisierungseffekt gehabt. Weitere Schmerzensgeldverfahren gegen die Hammerskins (Niederstechen eines Schwarzen) und die World Church of the Creator (wegen des Amoklaufes von Benjamin Smith; vgl. BNR 15/00) sind anhängig und lassen die extreme Rechte in den USA weiter zusammenrücken.

Thomas Grumke

Demokratische Initiativen**„Menschenskinder“**

Eine von Journalisten gegründete Initiative in Sachsen-Anhalt will mit Fakten und Argumenten Zweifel wecken an den Weltbildern im rasierten Kopf.

Irgendwann hat es ihr nicht mehr gereicht, nur über immer neue Gewaltextzesse zu berichten, sagt Ilona Wuschig, Politikredakteurin im Fernsehbereich des MDR-Landesfunkhauses Magdeburg. Dabei hat die 45-Jährige viele dieser Gewaltextzesse, mit denen die Stadt Magdeburg in den vergangenen zehn Jahren Negativschlagzeilen geschrieben hat, gar nicht unmittelbar mitbekommen. Als die Journalistin vom Kölner WDR nach Magdeburg wechselte, da waren die Himmelfahrtskrawalle von 1994 längst Geschichte. Da war der Punk Torsten Lamprecht schon erschlagen. Da war der Türke Hasan Cagla längst für sein Leben gezeichnet von den Flammen aus einem Leuchtpurgeschoss, das blindwütige Skinheads auf den zuvor bewusstlos Geschlagenen abgefeuert hatten. Aber auch Ilona Wuschig hat noch genügend ähnliche Vorfälle erlebt, darüber berichtet und die Angelegenheit dann doch irgendwie zu den Akten gelegt. Journalisten schaffen es eben, schnell von einem Thema auf ein ganz anderes umzuschalten. „Leider, muss man manchmal sagen“, so die TV-Redakteurin.

Es waren Magdeburger Journalisten unterschiedlichster Medien, die im vergangenen Jahr den Verein „Menschenskinder“ gegründet haben, um auch außerhalb des eigenen Jobs etwas gegen Neonazismus, rechte Skinhead-Unkultur und fremdenfeindliche Gewalt zu tun. Sie wollten ein Zeichen setzen, deutlich machen, dass es Menschen gibt, die sich aus freien Stücken für Freiheit und Selbstbestimmung, für Zivilgesellschaft und Bürgerdemokratie einsetzen. Menschen, die über das eigene Tun hinaus denken und auch entsprechend handeln.

„Wir waren uns bei der Vereinsgründung erst einmal darin einig, dass wir über die berufliche Tätigkeit hinaus auch einen ganz persönlichen Beitrag zur Stärkung der Ideenwelt von Zivilgesellschaft und Bürgerdemokratie in Sachsen-Anhalt leisten wollten“, sagt Ilona Wuschig. Viele Ideen wurden damals gewälzt, viele verworfen, zunächst eine ist wirklich aufgegriffen und weiter entwickelt worden: die „Projektbörse Demokratie“.

Eigentlich ist das nichts weiter als eine ständig ergänzte Loseblattsammlung mit Portraits von Leuten, die sich bereit erklärt haben, als Referenten und Diskussionspartner zur Verfügung zu stehen. Für Schulen, Volkshochschulen, Vereine, Jugendclubs. In der Regel unentgeltlich, manchmal gegen Erstattung von Fahrtkosten. Leute, die den meist jungen Menschen, zu denen sie gehen, klar und deutlich zu machen versuchen, warum sie sich für das Prinzip Demokratie einsetzen. Warum sie eintreten für möglichst umfassende Teilhabe der Bürger an ihrer Gesellschaft und deren Ausgestaltung. Längst sind das nicht mehr nur Journalisten. Und längst nicht mehr nur Deutsche. In dem Ordner finden sich auch Menschen, die in anderen Teilen der Erde geboren wurden, die als Ausländer nach Deutschland gekommen sind. Abdoul Coulibaly etwa, der seit 13 Jahren in Magdeburg lebt. Er kam als Gaststudent in die DDR. Die Liebe hielt ihn in Deutschland. Er ist mit einer Deutschen verheiratet, hat als Mensch mit dunkler Hautfarbe schon selbst Erfahrung mit fremdenfeindlicher Gewalt machen müssen – und ist ehrenamtlicher Ausländerbeauftragter der Stadt. Eigentlich ein Fulltime-Job, sagt er. Aber die Stadt wollte für ihren Ausländerbeauftragten keine Vollzeitstelle schaffen. Nicht einmal für eine halbe Stelle reichte das Geld. Wäre er als ausgebildeter Bauingenieur nicht arbeitslos, er würde seine Aufgabe kaum bewältigen können, sagt Coulibaly.

Vertreter fast aller im Landtag vertretenen Parteien gehören zum Mitglieder- und Referentenkreis von „Menschenskinder“. Dass der Verein darauf verzichtet, Mitglieder der rechtsextremen DVU-Fraktion oder ihrer nicht minder rechten Abspaltung FDVP aufzunehmen, liegt nahe. „Die Leute in unserer Referentenliste sind Menschen, die nicht nur ihre eigene Lebenseinstellung herüber bringen können, sondern die vor allem auch den teilweise schon sehr nach rechts dringenden Argumenten und Weltbildern, die in den Köpfen junger Menschen, aber auch vieler Erwachsener herumspuken, etwas entgegen zu setzen haben“, beschreibt Ilona Wuschig die Vereinsmitglieder. Minister und Staatssekretäre sind ebenso darunter wie Hochschulprofessoren, die Pressesprecherin des CDU-Landesverbandes ebenso wie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende des PDS im Magdeburger Landtag, ein Kabarettist ebenso wie der Manager einer Einkaufs-Mall in der Magdeburger City.

Bei den Einsätzen sei Einfühlungsvermögen und eine gewisse Streitbarkeit ebenso gefragt wie das

Wissen um statistische Zahlen, ergänzt der aus Großbritannien stammende Sprachlehrer John Bateman. „Zum Beispiel darüber, dass nur 1,6 Prozent der Menschen in Sachsen-Anhalt Ausländer sind, von denen nicht einmal die Hälfte eine Arbeitserlaubnis hat, weil die anderen Asylbewerber sind, die gar nicht arbeiten dürfen“, sagt er. „Dass aber 40 Prozent aller Investitionen in Sachsen-Anhalt seit der Wende durch ausländische Unternehmen geschaffen worden sind, die damit ungeheuer viele Arbeitsplätze im Land geschaffen haben.“ Man müsse das den jungen Leuten wirklich in ganz einfacher Form vorrechnen, sagt Bateman weiter. Dann komme man möglicherweise an sie heran, wecke im günstigsten Fall Zweifel an den Weltbildern im eigenen Kopf. Vielfach hätten nicht einmal Lehrer die Zahlen im Zusammenhang von Ausländern und Arbeitsplätzen im Kopf, beklagen die „MenschensKinder“. Noch mehr aber fehle den Pädagogen die unmittelbare Auseinandersetzung mit rechtsextremer Ideologie. „Wenn dann ein Lehrer, der sich mit diesem Thema noch nie richtig auseinander gesetzt hat, auf einen Schüler stößt, der möglicherweise schon in rechtsextremen Strukturen steckt und ein paar Schulungen mitgemacht hat, dann hat der Lehrer schon verloren“, sagt Ilona Wuschig. Man müsse sich wirklich einlassen auf die Kids und auf deren Argumente, ergänzt sie. „Und letztlich muss man sich ihnen gegenüber auch verbal angreifbar machen, diese Angriffe aber auch gekonnt parieren – nur so kann unsere Arbeit auch Früchte tragen.“ *Eberhard Löblich*

Hinweis

Berlin - Der Innenausschuss des Deutschen Bundestages wird am 25. Oktober eine öffentliche Anhörung zum Rechtsextremismus durchführen. Die fünf Bundestags-Fraktionen haben dazu 12 Sachverständige eingeladen, darunter die Professoren Wilhelm Heitmeyer, Bielefeld, Christian Pfeiffer, Hannover, Manfred Funke, Bonn, Hajo Funke, Berlin, Reinhard Kühnl, Marburg, Eckard Jesse, Chemnitz, Hans-Jochim Heuer, Polizeiführungsakademie Münster. Vertreten sein wird neben anderen auch der Rechtsextremismusexperte Bernd Wagner. Die Anhörung findet voraussichtlich statt im Festsaal des Preußischen Landtags, Niederkirchnerstraße von 13.30 bis 18.00 Uhr.

Interessierte können sich anmelden beim Sekretariat des Innenausschusses des Deutschen Bundestags, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Demokratische Initiativen

Prominente Hilfe

Zahlreiche Prominente hatten es sich nicht nehmen lassen, dabei zu sein, als Regierungssprecher Uwe Karsten Heye und der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedman, die Kampagne „Gesicht zeigen!“ vorstellten. Ex-Profiboxer Henry Maske war in Berlin erschienen, die Schauspieler Iris Berben und Rainer Hunold, die Moderatoren Maybrit Illner und Axel Bulthaupt. Träger der Kampagne ist die „Aktion weltoffenes Deutschland e.V.“, die kurz nach dem Anschlag auf eine Gruppe jüdischer Russen in Düsseldorf gegründet wurde. Die Schirmherrschaft hat Bundespräsident Johannes Rau übernommen.

Die Kampagne, die bisher gut 40 prominente Unterstützer von Franz Beckenbauer bis Christa Wolf zum Mitmachen ermutigte, will aktiv zu einem gesellschaftlichen Klima beitragen in dem „Rassismus und Fremdenhass in Deutschland keinen Platz haben“, wie Heye es formulierte. Außer der nicht ganz neuen Strategie, sich mit Fernseh- und Kinospots an die Öffentlichkeit zu wenden, sollen die prominenten Unterstützer mit bereits existierenden Initiativen, die sich oft mit marginalen Mitteln und wenig Unterstützung dem Kampf gegen Rechts verschrieben haben, vernetzt werden. So sollen die Prominenten vor allem in rechtsextremen Brennpunkten quasi zu Paten kleiner Initiativen werden; diesen mit ihrem prominenten Gesicht, aber auch konkretem Engagement zur Seite stehen. Moderator Günter Jauch hat eine Patenschaft für das brandenburgische Projekt „Straßenfußball für Toleranz“ übernommen. Henry Maske hat im Internet eine Fotoinitiative gestartet, die Jugendliche ermuntert, ihr persönliches Deutschlandbild in Foto und Text ins Netz zu stellen. ZDF-Talkmasterin Maybrit Illner hat die Patenschaft für die Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) in Strausberg übernommen. Sie hoffe, dass sie der RAA zu einer finanziellen Stärkung verhelfen könnte. „Jugendarbeit ist nicht nur wichtig, sondern sie kostet auch etwas“, so Illner. Auch Sanem Kleff vom Bundesverband Aktion Courage nutzte die Gelegenheit, darauf zu verweisen, dass für viele Initiativen permanent der Überlebenskampf im Vordergrund stünde: „Wir können jede Hilfe gebrauchen.“ *Jeannette Goddar*
Internet: www.gesichtzeigen.de; **Spendenkonto:** 12121212, BLZ 12080000, Dresdner Bank Berlin

Ausland**Die schwere Schuld**

Japan hat seine faschistische Vergangenheit nie aufgearbeitet.

Aus gutem Grund hatte der japanische Regierungschef Yoshiro Mori ziemlich kleinlaut und ohne große Vorankündigungen im September seinen russischen Gast Wladimir Putin in Tokio zu einem Gipfeltreffen empfangen. Hauptthema war die Zukunft von vier strategisch wichtigen Kurilen-Inseln. Sie waren nach der japanischen Kapitulation im August 1945 von Moskau annektiert worden und Japan besteht auf der Rückgabe. Moskau hat das bisher stets verweigert, und daran ist bis heute ein Friedensabkommen zwischen beiden Staaten gescheitert. Viele Japaner sind deswegen stocksauer, aber kaum jemand versucht, sie über die Hintergründe aufzuklären. Die liegen nämlich in der japanischen Nachkriegspolitik.

Das faschistische Japan war im Zweiten Weltkrieg zusammen mit Italien eine „Achsenmacht“ der Nazis. Als in Europa bereits seit dem 8./9. Mai 1945 der Krieg beendet war, konnte Tokio erst mit zwei amerikanischen Atombomben zu der Einsicht gezwungen werden, dass die Zeit japanischen Terrors in weiten Teilen Asiens endgültig zuende war. Am 15. August 1945 musste Japan kapitulieren. Anders als in Europa und speziell in Deutschland begann nun freilich in der besiegten „Achsenmacht“ kein Prozess der Besinnung und der Entschädigung jahrelang unterjochter Völker. Im Gegensatz zu Deutschland, wo sich Hunderte von NS-Verbrechern vor westalliierten Militärgerichten verantworten mussten, gab es in Japan nur einen einzigen Prozess gegen 28 hohe Militärs und Beamte. Sie wurden beschuldigt und zum Teil verurteilt wegen grässlicher Verbrechen an amerikanischen, vietnamesischen, französischen und philippinischen Kriegsgefangenen, australischen Krankenschwestern und wegen Massenvergewaltigungen. Keine Anklage erhoben wurde wegen der Infizierung chinesischer Soldaten mit Cholera, Pest und Typhus. Niemand wurde angeklagt, geschweige denn verurteilt, weil er Gefangene gezwungen hat, sich in Eis und Schnee zu legen, um danach so schnell auftaut zu werden, dass das Fleisch an den Knochen hängen blieb, Syphilisversuche an Frauen verbrochen hat oder Frauen die kurz zuvor geborenen Kinder weggenommen hat, an denen Experimente

gemacht wurden. Die japanische Öffentlichkeit ist nie dazu gezwungen worden, sich mit der Vergangenheit ihres Volkes zu beschäftigen. Nun beginnt sich vielleicht einiges zu verändern.

Im Namen chinesischer Emigranten haben amerikanische Anwälte die japanischen Konzerne Mitsui und Mitsubishi auf Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter verklagt - nach dem Muster, durch das hierzulande die Entschädigung von Nazisklaven in Gang gesetzt worden ist. Anwalt Barry Fisher sagte bei einer Pressekonferenz in Los Angeles, es habe Millionen solcher Arbeitssklaven gegeben, von denen Hunderttausende noch lebten. Ein weibliches Opfer sagte vor der Presse, sie sei mit fünf Jahren gezwungen worden, für Japaner zu schuften. Nun beginnen japanische Firmen zu zittern, von US-Gerichten verurteilt zu werden. Die Furcht vor dem Boykott japanischer Waren zumindest in den USA geht um.

Gleichzeitig besteht Nordkorea auf Entschädigungen und einer schriftlichen Entschuldigung. Korea war von 1910 bis zur japanischen Kapitulation vor 55 Jahren Kolonie Japans. Japanische Beamte und Militär haben dort fürchterlich gehaust. Nordkorea besteht darauf, dass Japan sich dazu bekennt. Ein hoher Beamter sagte jetzt zutreffend: „Japan ist mit seiner Vergangenheit nicht im Reinen. Wir müssen dieses Hindernis aus dem Weg räumen, bevor wir freundliche Beziehungen aufnehmen können.“

Dass Regierung, Wissenschaft, Forschung, Medien und Öffentlichkeit Einsicht zeigen und endlich - womöglich nach deutschem Vorbild - damit beginnen, ihre blutige Vergangenheit aufzuarbeiten, ist allerdings eher zweifelhaft. Nach einem Bericht der „Süddeutschen“ wird derzeit über dieses Problem heftig diskutiert. Ausgelöst hat diese Auseinandersetzung ausgerechnet ein Comic mit dem Titel „Abhandlungen über den Krieg“. Auf 400 Seiten wird der Krieg geschildert - aus gewohnter japanischer Sicht. Zur Prostitution für die japanische Soldateska gezwungene Frauen seien ohnehin Prostituierte, alles sei halb so schlimm gewesen. Deutschland habe sich vorbildlich mit dem Holocaust auseinandergesetzt, aber den habe es in Japan ja nicht gegeben. Das trifft zu, Tokio hat sich strikt geweigert, nach Shanghai geflohene deutsche Juden auszuliefern oder im Meer zu ertränken.

Japan hat jetzt die Chance, mit erheblichen Zahlungen an Nordkorea wenigstens finanziell schwere Schuld zu begleichen. *Heiner Lichtenstein*

NS-Vergangenheit**Aufgegebenes Leid**

Den Menschen, die für das Deutsche Reich Zwangsarbeit leisten mussten, läuft die Zeit davon. Die Nachforschungen für jeden einzelnen Fall sind mühsam.

Es war einer der glücklicheren Tage im Leben der Marina Schubarth, als die Forscher des Vereins „Berliner Unterwelten“ einen sensationellen Fund machten. Unter einer dicken Staubschicht lagerten in dem ehemaligen Angestellten-Bunker der Lorenz-AG im Bezirk Tempelhof vier verrostete Stahlschränke mit einer kompletten Personaldatei. Darunter die Namen von mehr als 3000 Zwangsarbeitern, die der Konzern von 1941 bis 1945 beschäftigte. Der Verein „Unterwelten“, der seit 1997 ehrenamtlich das unterirdische Berlin nach historischen Dokumenten erforscht, barg die herrenlose Kartei und übergab sie dem Historiker Jens W. Kleist zur Auswertung. Der nahm sämtliche Metallplatten, auf denen fein säuberlich die Daten jeden Mitarbeiters - Name, Nationalität, Geburtsdatum - eingestanzt waren unter die Lupe und stieß auf 3108 namentlich erfasste Zwangsarbeiter; darunter 1081 Belgier, 629 Franzosen, 528 Bürger der Sowjetunion nach 1945, 220 Polen, 216 Italiener, aber auch einige Schweizer, Türken und Spanier. Als Jens Kleist die Angaben der Matritzen auf Papier übertragen hatte, widmete sich Marina Schubarth den Listen. Seit drei Jahren verbringt die 34-jährige Ballettlehrerin einen großen Teil ihrer Zeit damit, sich im Auftrag noch lebender ukrainischer Zwangsarbeiter ehrenamtlich auf die Suche nach Nachweisen über die Zeit im Dritten Reich zu begeben. Ebenso wie alle anderen Bürger der ehemaligen Sowjetunion haben auch die meisten Ukrainer bei der Befreiung sämtliche Fotos, Bescheinigungen und Dokumente aus Deutschland weggeworfen oder verbrannt: Wer in Deutschland gearbeitet hatte, galt dem KGB als Kollaborateur und musste sich wochenlangen Verhören unterwerfen.

Als Marina Schubarth die Personallisten der Elektronikfirma Lorenz, die inzwischen zu Alcatel gehört, mit den Listen ukrainischer Opferverbände verglich, wurde sie fündig: Zehn ehemalige Zwangsarbeiter, davon neun Frauen, sind in der Ukraine noch am Leben und können dank des Fundes nun hoffen, binnen der nächsten Monate von

der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft, der Alcatel beigetreten ist, entschädigt zu werden. Sie alle sind zwischen 1924 und 1926 geboren, und waren fast noch Kinder, als sie nach Deutschland transportiert wurden. Jetzt aber sind sie jenseits der 70 - und die Zeit drängt. „Sie können sich nicht vorstellen, unter welchen miserablen Bedingungen viele alte Leute bei uns zuhause leben“, sagt Schubarth, „viele leiden Hunger; nicht wenige haben die Hoffnung, entschädigt zu werden, längst aufgegeben.“

Schubarth stammt selbst aus der Ukraine und zog im Alter von acht Jahren in die Schweiz. Seit 1989 lebt sie in Berlin. Vor drei Jahren begleitete sie ein Filmteam als Dolmetscherin in die Nähe von Tschernobyl. Dort zupfte eine alte Frau sie buchstäblich am Ärmel und bat sie, ihr bei der Erforschung ihrer Unterlagen in Deutschland zu helfen. Inzwischen haben sich alleine bei Marina Schubarth 120 ehemalige Zwangsarbeiter gemeldet, überwiegend schriftlich, mit Briefen in kyrillischer Schrift, teils von Nachbarn geschrieben, weil einige gar nicht lesen und schreiben können. Kaum jemand der Schreibenden erinnert sich an den Namen des Arbeitgebers.

Die Wege, die es bei der Suche zu beschreiten gilt, ähneln sich: Viele wissen nur noch, welche Arbeit sie verrichten mussten oder in welchem Bezirk ihr Lager war. „Wenn jemand Schienen verlegt hat, ist es relativ einfach“, sagt Schubarth, die inzwischen schon mehrfach bei der Reichsbahn nachgeforscht hat. Ansonsten vergleicht sie die Ortsangaben im Berliner Landesarchiv mit Luftbildaufnahmen aus den 40er-Jahren, versucht den möglichen Arbeitgeber und in den meisten Fällen auch dessen Rechtsnachfolger zu ermitteln. Dann fragt sie an, ob noch Unterlagen aus der NS-Zeit existierten, was oft nicht der Fall ist. Wenn nicht, wendet sie sich an die AOK und versucht, einen Versicherungsnachweis über die fragliche Zeit zu bekommen.

Bisher hat keiner der etwa 120 ehemaligen Zwangsarbeiter, für die Schubarth inzwischen Nachforschungen angestellt hat, eine Entschädigung erhalten. Seit August können Anträge an die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft gestellt werden. Die Antragsfrist endet im kommenden April. Nach Schubarths Erfahrung jedoch dauert die Recherche eines einzigen Falls oft bis zu einem Jahr. „Ich möchte gar nicht wissen“, sagt sie, „wieviele keine Entschädigung bekommen, weil schlicht die Zeit zu kurz ist.“

Jeannette Goddar

Seitenblick

Zöpels Hoffnung

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Christoph Zöpel (SPD), gab der ultrarechten Zeitschrift „Junge Freiheit“ ein Interview. In einem Brief an die SPD-Bundestagsfraktion rechtfertigte er sich.

Sozialdemokratische Regierungsmitglieder waren fassungslos, als sie von dem Interview hörten. Er habe wohl „unbedacht“ gehandelt, vermutete ein Staatssekretär. Viele Abgeordnete waren entsetzt. Einer sprach von einem „Tabubruch“. Andere wollten ihren Genossen ansprechen, von dem niemand denkt, er sei anfällig für rechte Ideen. Manche zogen es vor, zu schweigen. SPD-Generalsekretär Franz Müntefering bat Journalisten, ihm einen Kommentar zu ersparen.

Der Sprecher der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion, Sebastian Edathy, nannte Zöpels ganzseitiges Interview „problematisch“. Die „Junge Freiheit“ sei „ein Forum für Gegner der Demokratie, das sich um einen demokratischen Anstrich bemüht. Einer solchen Zeitung sollte man weder als Abgeordneter noch als Regierungsmitglied ein Interview geben, weil man damit Gefahr läuft, sie aufzuwerten. Man sollte sie stattdessen rechts liegen lassen.“

Ein Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion sagte: „Wir sind erschrocken, dass ein Staatssekretär, dem man doch auf dem Hintergrund der Debatte um Rechtsextremismus mehr Sensibilität zutrauen müsste, sich zu so einer Dummheit hinreißen lässt.“ Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Andreas Nachama, war entsetzt und wurde drastisch: Zöpel entwerte alle Bekenntnisse der Regierung gegen Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus und mache Rechtsextremismus salonfähig.

FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle sagte in einer Bundestagsdebatte, er „bedauere“ das Interview. Es sei „nicht in Ordnung“, wenn ein Staatsminister auf diese Weise das rechte Organ „aufwertet“.

Die „Junge Freiheit“ wird seit 1994 vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz beobachtet. Er fand heraus, dass raffiniert versucht wird, „Themen

der öffentlichen Diskussion aufzugreifen und rechtsextremistische Denkansätze einzustreuen“. Im Jahresbericht 1999 des Bundesamts für Verfassungsschutz wird das Wochenblatt zwiespältig eingestuft: Es biete „neben demokratisch-konservativen Autoren gelegentlich auch Rechtsextremisten in Form von Artikeln, Interviews und Kommentaren ein Forum“. Die JF dient als Sprachrohr für national-konservative Politiker und für Autoren der extremen Rechten aus dem In- und Ausland. Sie bemüht sich bewusst um Autoren und Interviewpartner aus den demokratischen Parteien. Im März 1999 ließ sich der brandenburgische CDU-Vorsitzende Jörg Schönbohm befragen. Prominente aus der Kultur- und Medienszene erhalten Fragebogen, die manche auch ausfüllen. Dass ein Mitglied der Bundesregierung ein Interview gibt, war eine Premiere.

In einem Rundbrief an die SPD-Bundestagsfraktion erläuterte Christoph Zöpel, die „Junge Freiheit“ habe eine Fehlinformation verbreitet und seine Entlassung gefordert. Sein Wunsch nach Klarstellung habe dazu geführt, ein Interview zu vereinbaren. >Dieses wurde korrekt geführt und wiedergegeben<.

■ „Forum für Gegner der Demokratie“ ■

Dass es sich bei der „Jungen Freiheit“ um ein äußerst rechtes Organ handelt, ist Zöpel durchaus bewusst. Es hätten sich aber auch „eine Fülle demokratischer deutscher und europäischer Politiker geäußert“, verteidigte er sich. Die Einschätzung des Verfassungsschutzes nannte er „widersprüchlich“.

In dem Interview, so schrieb BNR-Abonnent und -Leser Zöpel, habe Gelegenheit bestanden, sich mit einer Fülle national-rechter Argumente auseinanderzusetzen. Bemerkenswert fand er, dass seine Worte einer nationalistischen Klientel „zugebetet“ worden sind. Die Auseinandersetzung mit ihrem Gedankengut müsse „aufklärerisch“ geführt werden. Dazu sollten deren Medien „nicht von vornherein ausgeschlossen“, sondern „in geeigneten Fällen genutzt“ werden. Zöpel, der sich nie scheute, mit unkonventionellen Ansichten allein dazustehen, meint: „Die Demokratie beruht darauf, dass Aufklärung über ihre Werte und Wirkungen gelingt. Das gilt gegenüber dem Linksextremismus, die entsprechende Hoffnung gebe ich auch gegenüber rechtsradikalen Gedanken nicht auf.“

Helmut Lölhöfel

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten****„Junge Freiheit“ (JF), 15. Jg., Nr. 36-39/2000:**

Die „politische Klasse“ wolle den Deutschen die 10 Jahre-Feier zur Einheit vermiesen. Statt „Fest- und Freude-Situation“ herrsche „antifaschistischer Aktionismus“, statt Liedern zum Jahrestag werde „Rock gegen Rechts“ veranstaltet - und Angela Merkel renne „jeder Lunte Schröders hinterher“, lamentiert Michael Oelmann (36/00). Ein „‘erhebliches Mitverschulden’ an der grassierenden Gewalt von Rechtsextremen“ treffe im Übrigen die Grünen, wird das braune Öko-Urgestein Baldur Springmann bemüht, der sich gegenüber dem „Hamburger Abendblatt“ entsprechend geäußert hatte. Über Jahrzehnte hätten die Grünen „durch einen inszenierten Selbsthass auf alles Deutsche und die Verhätschelung von Minderheiten ein Tabu aufgebaut, das nun von verblendeten Chaoten gebrochen werde“ (36/00). Breiten Raum erhält die Berichterstattung über die Sommeruniversität des Instituts für Staatspolitik vom 17. bis 20. August. Rund 40 Teilnehmer setzten sich an einem - geheim gehaltenen - Ort „in der grünen Stille Thüringens“ mit dem Leitthema „Krise“ in allen denkbaren Variationen (unter anderem ökologische Krise, in der Erziehung“, „Geschlechterkrise“, „Volkskrise“) bis hin zur „Dekadenz“ auseinander (36/00). Schelte kriegt der Bundeskanzler wegen seines Desinteresses an dem vom BdV gewünschten „Zentrum gegen Vertreibungen“. Schröder habe „einen Teil seines Volkes nach den Grenzbestätigungsverträgen von 1990 zum dritten Mal vertrieben“, mokiert sich Bernhard Knapstein (37/00). Als „Umwertung aller Werte im Zuge eines modernen Zeitgeistes“ geißelt der Vorzeige-Republikaner Klaus Zeitler die Familienpolitik der Bundesregierung, die „staatlich bewusst Lesben- und Schwulenehen, ungezügelter Einwanderung und Selbstverwirklichung nach Zeitgeist“ fördere. Das deutsche Volk bedroht sieht auch Generalleutnant a.D. Franz Uhle-Wettler; zum einen durch die „Dominanz der USA und die Dienstwilligkeit unserer geistigen und kulturellen Klasse“, zum anderen durch den „Versuch, die eigene Geschichte durch Geburtenschluss zu beenden“. Ein Dorn ist dem Ex-Militär auch die „heutige Vergangenheitsbewältigung“, wobei das „Leid ungezählter Millionen (Deutscher) menschenverachtend“ ausgeklammert werde. Eingeführt wird der Begriff der „Gesinnungsgleichheit“, womit gemeint ist, dass sich die Springerpresse heute an das

„Medienkartell“ „an-linken“ würde (37/00). Als Dankeschön des „großen Bruders“ USA wird eine Ehrung Bundeskanzler Schröders in New York durch eine „lupenreine jüdische Institution“ diffamiert. Schröder hätte die Auszeichnung für das „Antifa-Milliardengeschenk der deutschen Wirtschaft und des deutschen Steuerzahlers ... an die Ostküstenorganisationen“ erhalten (38/00). Über die drei Weisen mokiert sich Carl Gustaf Ströhm, die sich geweigert hätten, mit Haider persönlich zu sprechen (38/00). Höchste Zeit sei es für das Ende EU-Sanktionen gegen Wien meint JF-Autor Philip und bilanziert den durch die Gegendemonstrierenden angeblich verursachten Schaden auf 33 Millionen Schilling (39/00). In der Wiedervereinigung Tirols, zunächst zumindest der Zukunft ohne Italien, liegt das Ziel der Südtirol-Aktivistin Eva Klotz, wie sie im Interview mit dem Haider-Vertrauten Andreas Mölzer ausführt (38/00). Unstimmigkeiten sieht Steffen Königer in seinem Bericht über die Pressekonferenz zur Initiative Horst Mahlers „Ja zu Deutschland - ja zur NPD“ zwischen Neu-Mitglied Horst Mahler und der NPD. Mahler verwende als „Geschäftsführer ohne Auftrag für das Deutsche Reich“ die schwarz-rot-goldene Fahne, während die Embleme der NPD schwarz-weiß-rot aufwiesen. JF-Chefredakteur Dieter Stein ist der Ansicht, dass die NPD sowieso nicht verboten werde, da „sozialdemokratische Innenminister ... mit der NPD gerne jeden demokratischen Ansatz rechts der Union politisch unter Verdacht“ setzten (38/00). Günter Zehm empört sich über eine „Melange aus westlichen Alt-68ern und östlichen Spitzel-Altkadern“, die, besonders in Brandenburg, „Dauerkrieg gegen die eigene Jugend“ führten; Jugendtreffs seien heutzutage mit Polizei umstellt, Konzerte würden vom Staatsschutz zensiert undsoweiter. Werbung machen darf dafür der antisemitische Verlag und Agentur Werner Symanek (VAWS) mit der CD „Imperium Internum“ der Band „von Thronstahl“ von Josef Klumb (39/00). (gn)

Hinweis

Berlin - Der „Tagesspiegel“ in Berlin hat die Dokumentation rechtsextremistischer Gewalt seit der Wiedervereinigung zu einem Sonderdruck zusammengestellt. Die aufrüttelnde Chronik, die über 93 Todesopfer rechter Gewalt bilanziert, wurde vom „Tagesspiegel“ und der „Frankfurter Rundschau“ recherchiert und am 14. September veröffentlicht. Die Dokumentation ist in der Geschäftsstelle des „Tagesspiegel“ in Berlin, Potsdamer Straße 79 erhältlich. Tel. 030 / 26009-279.

Aus der Szene**Zoff bei Neuheiden****Rassisten klungeln gegeneinander**

Die mit bundesweit rund 1000 Anhängern größte völkisch-heidnische Bewegung „Artgemeinschaft“, die seit 1988 von dem Hamburger Rechtsanwalt Rieger geleitet wird, hat sich von Hans-Jürgen Hertlein getrennt.

Beim Wintertreffen der „Artgemeinschaft - Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensmäßiger Lebensgestaltung“ im Harz konnte Hertlein noch im Kreise altbekannter Gesichter wie Steffen Hupka, Manfred Roeder, Florentine Rost van Tonnigen oder Frank Renniecke Met trinken und sich an germanischen Trinksprüchen von Jürgen Rieger erfreuen. Doch damit ist es vorbei.

Hertlein, der im Januar 1999 („Hartung 3799“) auf dem Thing der Gefährtschaft Pfalz erneut zum Goden der „Artgemeinschaft“ gewählt wurde, wurde aus der Gemeinschaft entlassen, da er mit dem in Ungnade gefallenen Mathilde-Ludendorff-Verleger Gerhard Hess, Dauerautor in „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (Grabert-Verlag), paktiert habe. Die Gefährtschaft Pfalz wird nun vom stellvertretenden Goden Rudolf Gabriel, Referent bei den NS-apologetischen „Kärntner Kulturtagen“ in Absprache mit dem „Freundeskreis Hessen“ geleitet.

Der 58-jährige Hertlein steht seit Jahren an der Spitze des Landesverbandes Pfalz des „Stahlhelms“, der nach Erkenntnissen des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes „wehrsportähnliche Übungen“ veranstaltet. Mehrfach stand Hertlein den „Hetendorfer Tagungswochen“ als Referent zur Verfügung. Hertlein und weitere Kameraden wie Günther Peilicke mussten die „Artgemeinschaft“ verlassen, da sie der von Hess geleiteten Gruppe „Oding-Orden“, einer „runenreligiösen Glaubensgemeinschaft“, die die „Artgemeinschaft“ unterwandern wollte, beigetreten waren.

Zuvor war Gerhard Hess über mehrere Jahre hinweg gern gesehener Autor in der „Nordischen Zeitung“, dem Organ der „Artgemeinschaft“ (s. BNR 25/26-99). Als engster Mitarbeiter von Hess gilt der aus der „Deutschgläubigen Gemeinschaft“ kommende Gunnar Pahl. Der einstige NSDAP/AO-Kader Pahl war vormals Funktionär der Wiking-Jugend, der auch der „Artgemeinschaft“-Vorsitzende Jürgen Rieger angehörte. *Anton Maegerle*

Demokratische Initiativen**Toleranz vermitteln**

Als „Initialzündung“ bezeichnete es Otto Schily, dass mit dem „Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb“ erstmals ein gemeinsames Projekt von Bundesinnenministerium, Dresdner Bank und Aufbau-Verlag ins Leben gerufen wurde. Es gelte als exemplarisch dafür, dass andere Unternehmen sich jetzt auf konkrete Projekte besinnen und mit dem „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ zusammenarbeiteten, betonte der Bundesinnenminister bei der Vorstellung dieser Initiative am 25. September in Berlin. Das Zusammenwirken mit Partnern aus Wirtschaft und Kultur zeige, dass das im Mai ins Leben gerufene „Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt“ auf dem richtigen Weg sei. Nur gemeinsam könnten Kultur, Wirtschaft und Politik den Kampf gegen Fremdenhass gewinnen, so Schily.

Die Dresdner Bank werde den Wettbewerb „nicht nur finanziell unterstützen, sondern auch inhaltlich-thematisch mitgestalten“ erklärte Joachim von Harbou, Vorstandsmitglied des Instituts. „Geld geben alleine“ - der Etat soll sich auf DM 700 000 belaufen - sei beim Thema Demokratie nicht ausreichend, unterstrich er. Die Broschüre für den Wettbewerb werde in enger Zusammenarbeit mit dem Bündnis im Haus der Bank entwickelt. Mit ihrem demokratischen Engagement ziehe die Dresdner Bank „Lehren aus der NS-Zeit, in die sie auch verstrickt war“, fügte der Bankvorständler hinzu.

Mit dem Wettbewerb werden junge Menschen im Alter 16 bis 21 Jahren aufgefordert, einen Beitrag darüber zu verfassen, was sie selbst für Demokratie tun können. Die Bearbeitungsform ist ihnen freigestellt. Literaturgrundlage sind die im Aufbau-Verlag erschienenen Tagebücher Victor Klemperers, die den Alltag des Verfolgten in der NS-Zeit dokumentieren. Die Wettbewerbsunterlagen werden in 200 000-facher Auflage hauptsächlich an Schulen verteilt, Startschuss ist der 16. Oktober. Der zehnköpfigen Jury, die die Arbeiten bewerten wird, gehören neben anderen auch Paul Spiegel und die Witwe Klemperers, Hadwig an.

Demokratieverständnis und Toleranz müssten Jugendlichen „auf emotionaler und intellektueller Ebene vermittelt werden“, merkte Bundesinnenminister Schily zu der Initiative an. *G.N.*

Weitere Infos: <http://www.buendnis-toleranz.de>

Zwischenruf**Naives Urteil**

Nicht hinnehmbar ist der Spruch der Richter des Truppengerichts Süd, die den Republikanern das Qualitätssiegel „demokratisch und verfassungstreu“ verpasst haben. Anders ist die Ablehnung der Bewertung des Verteidigungsministers nicht zu interpretieren, der die Zugehörigkeit zur Bundeswehr für unvereinbar mit Führungspositionen bei den REP hält. Wenn die Militär Richter zu diesem Ergebnis „bei Auswertung aller zum Gegenstand der Hauptverhandlung gemachten Beweismittel“ gelangen, dann haben sie offensichtlich ihre Erkenntnisquellen bewusst schmal gehalten.

Offenbar wollten sie die wahre Ausrichtung der REP gar nicht wahrnehmen und das setzt sie dem peinlichen Verdacht aus, insgeheim sympathisierten sie mit deren Positionen. Das erinnert fatal an den Verlauf des Strafverfahrens gegen den früheren NPD-Vorsitzenden Deckert.

Es ist schon reichlich naiv, wenn man - wie die Truppen-Richter es tun - als Nachweis für die angebli-

che Verfassungskonformität nur ins REP-Programm schaut. Maßgeblich ist die Praxis und die ist keineswegs mit dem Programm kongruent. Offensichtlich machen sich die Richter das Unwort „Überfremdung“ zu eigen, deren „beängstigende Ausmaße“ zu kritisieren sie für legitim erklären.

Wie die Republikaner gegen Ausländer hetzen, ist in einer Broschüre des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg nachzulesen, wie es im Übrigen Dauerthema aller Verfassungsschutzberichte ist. Skandalös ist der Vorwurf in der Urteilsbegründung an die Adresse des Verteidigungsministeriums, es habe „die klare Distanzierung ... von ... der DVU“ nicht erwähnt. Wo ist diese denn, wenn vor Landtagswahlen Absprachen zwischen den Vorsitzenden Schlierer und Frey stattfinden, man wolle bei Kandidaturen Konkurrenz vermeiden? Und was der Ruhstorfer Abgrenzungsbeschluss der REP wert ist, zeigt sich an der fröhlichen Kooperation von Funktionären, voran der stellvertretende Bundesvorsitzende Christian Käs, mit allen möglichen Rechtsaußen-Gruppierungen, Neonazis nicht ausgenommen. Am Ende fragt man sich allerdings auch, ob Kameradergerichte nicht außer der Zeit sind und der Reform bedürfen.

Klaus-Henning Rosen

Anzeige

Der Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ e.V. in Bonn wurde 1993 auf Initiative von Bürgerinnen und Bürgern ins Leben gerufen, die als politisch Verfolgte unter der NS-Diktatur und dem kommunistischen Regime der DDR gelitten haben. Sie fanden sich zusammen, um sich gegen extremistische Gewalttaten in unserem Land, die Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen, Fremdenfeindlichkeit und Verteufelung von Minderheiten zur Wehr zu setzen. Zugleich waren sie sich einig in der Absicht, die Erinnerung an die Vergangenheit wachzuhalten und die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Landes zu stärken. Zu den Gründern des überparteilich orientierten Vereins gehörten Verfolgte, Politiker, Wissenschaftler, Pädagogen, Gewerkschafter, Journalisten und Leiter von Gedenkstätten.

Der Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ ist im Vereinsregister eingetragen und vom Finanzamt Bonn-Außenstadt unter der Steuernummer 206 5863 0049 als gemeinnützig anerkannt. Beiträge und Spenden sind somit gemäß § 10b EStG und § 9 Nr. 3 KStG abzugsfähig. Konto: 8551707 (BLZ 380 500 00), Sparkasse Bonn

Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“, Max-Planck-Straße 3, 53177 Bonn

Telefon (0228) 93 38 90, Telefax (0228) 933 89 20, <http://www.gegen-vergessen.de>

**Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.**

☐ Ich bin an der Arbeit des Vereins interessiert, möchte aber derzeit nicht Mitglied werden. Ich bitte um Zusendung der Informationshefte und regelmäßiger Veranstaltungshinweise und werde dafür einen Betrag von DM als Spende überweisen.

☐ Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“

Name Vorname

Adresse

Telefon privat dienstlich Fax

Beruf/Funktion Geburtsdatum

Verein/Verband etc.

Ich bin an folgenden Arbeitsbereichen interessiert:

Ort, Datum Unterschrift

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** - In der Nacht zum 17. September stürmten Polizeibeamte das Clubhaus der neonazistischen Organisation „Die Vandalen“. Unter den weit über 200 Anwesenden der 18. Jahresfeier der „Vandalen“ befanden sich der Berliner Neonazi-Funktionär Oliver Schweigert, der ehemalige Söldner Eckhard Bräuninger, die NPD-Landesvorsitzende von Berlin-Brandenburg, Karola Nachtigall und Stephan Lange (vgl. BNR 7/00), Anführer der „Deutschland-Division“ der kurz zuvor verbotenen Skinhead-Organisation Blood&Honour. Elf Personen wurden festgenommen, gegen neun Personen ergingen Anzeigen wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen sowie Beamtenbeleidigung. Bereits im Juli vergangenen Jahres ließ die Berliner Polizei eine Hochzeitsveranstaltung der „Vandalen“ hochgehen. Der Bräutigam war ein führendes Mitglied der Nazi-Rocker und wurde im Mai wegen eines illegalen Waffengeschäftes festgenommen, die Braut Susann Bauer war damals in der NPD-Bundesgeschäftsstelle in Stuttgart beschäftigt.

■ **Biblis** - Der Landesvorstand der Republikaner in Hessen hat gegen Hans-Peter Fischer, Vorsitzender des REP-Kreisverbandes Bergstraße, ein Parteiausschlussverfahren angeordnet. Fischer, einst NPD-Bundestagskandidat, der „wegen Schönhuber“ zu den REP gestoßen war, hatte in der November-Ausgabe 1999 der NPD-Zeitschrift „Deutsche Stimme“ den Rücktritt des REP-Bundesvorstandes gefordert und eine „Zusammenarbeit“ der REP „mit der NPD“ für „überlebensnotwendig“ erachtet. Im Falle seines Parteiausschlusses hat Fischer bereits angekündigt, dass er als parteiloser Kandidat auf der Liste der REP für den Kreistag und den Gemeinderat kandidieren werde.

■ **Chemnitz** - Eine gute Nachricht hatte das Verwaltungsgericht Chemnitz für den Oberbürgermeister der Stadt am 21. September. Gegen den Sozialdemokraten Seifert war eine Klage anhängig, da er während einer Stadtratssitzung im März dem einzigen Republikaner-Abgeordneten beschied „Herr Kohlmann, Sie sind ein Arschloch!“ (s. BNR 10/00) Wohl erkannte das Gericht eine Beleidigung in dem Zitat, allerdings habe Seifert keine wider-rufbare Tatsachenbehauptung aufgestellt, sondern lediglich eine Meinungsäußerung getätigt. Diese

aber sei weder als wahr noch als unwahr beweisbar. Lediglich mit einer Unterlassungserklärung hätte er dem Stadtoberhaupt beikommen können, klärte das Gericht den Jura-Studenten Kohlmann auf. (Aktenzeichen 1 K 536/00)

■ **Dresden** - Die Staatsanwaltschaft Dresden hat Ermittlungen gegen den NPD-Funktionär Uwe Leichsenring wegen des Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung aufgenommen. Der NPD-Kreisvorsitzende Sächsische Schweiz wird verdächtigt, die im März ausgehobene Gruppierung „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS) unterstützt zu haben. Am 26. September fand zum zweiten Mal eine Razzia in 40 Wohnungen von Mitgliedern der SSS statt, wobei umfangreiche Propagandamaterialien sichergestellt wurden. Gegen 65 Personen zwischen 16 und 28 Jahren wird wegen des Verdachts der Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung ermittelt.

■ **Dresden** - Am 12. September führte die NPD in Dresden ganztags eine Mahnwache gegen aus ihrer Sicht „lügende“ Medien durch. Der Ort war geschickt gewählt: Die Zentrale von Gruner+Jahr („Morgenpost“, „Sächsische Zeitung“). Während die SZ seit Wochen eine Kampagne „Gesichter gegen Rechts“ auf ihren Zeitungsseiten betreibt, war an diesem Tag von der vielbeschworenen Zivilcourage keine Spur. Am frühen Nachmittag musste auch noch ein Gast des Hauses, der US-Botschafter John Kornblum, durch das Nazi-Spalier hindurch. Am Abend kam es, von der Mahnwache ausgehend, noch zu Jagdszenen mit Knüppel und Fackeln, zu Fuß und mit dem Auto gegen alle, die als Feinde ausgemacht wurden. Die rechte Veranstaltung ging ohne Konsequenzen für die Veranstalter und ohne Reaktionen der Öffentlichkeit kurz vor Mitternacht zu Ende.

■ **Gadebusch** - Unter dem Motto „Gegen Linksfaschismus und Reaktion - Argumente statt Verbote!“ hat am 23. September in Gadebusch (Mecklenburg-Vorpommern) eine Demonstration stattgefunden. Veranstalter war eine „Initiative für Versammlungsfreiheit“ aus Wismar. Die Demonstrationsankündigung hatten neben „freien Aktionsgruppen“ und dem „Nationalen & Sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland“ auch die NPD/JN Nordwestmecklenburg, die NPD Lübeck, die JN Niedersachsen, die JN Nordmark und „viele revolutionäre Mitglieder der NPD Schleswig-Holstein“ unterschrieben. Jürgen Gerg, Vorsitzender der JN Nordmark, attackierte auf der Veranstaltung heftig

die NPD-Parteispitze, die wegen „akutem Verbotsschiss ein internes Demonstrationsverbot erlassen“ hatte. Redner war auch Christian Worch, führender Kopf der „Freien Nationalisten“.

■ **Geschendorf** - Baldur Springmann, Mitglied des „vorläufigen Sprecherkreises“ der Deutschen Aufbau-Organisation (DAO) von Alfred Mechterseimer, hat in der revanchistischen Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ (Ausgabe 38/00) ein Plädoyer mit dem Titel „Jetzt erst recht!“ veröffentlicht. Darin heißt es unter anderem: „Selten hat der eigentliche Machthaber unseres heutigen, sonst ziemlich gut getarnten autoritären Systems so unverhüllt sein wahres Gesicht gezeigt wie in diesem verregneten Sommer mit dem von den Obergutmenschen ausgerufenen und von allen, allen braven Gutmenschen tapfer angetretenen Kreuzzug gegen 'Rechts'. Springmann ruft alle „Vaterlandsliebenden“ zur Mitarbeit bei der DAO auf.

■ **Heldringen** - Der rechtsextreme „Armanen-Orden“ (AO) veranstaltet unter der Schirmherrschaft der „Gemeinschaft zur Erhaltung der Burgen e.V.“ vom 28. bis 30. Oktober sein diesjähriges Herbst-Thing auf der Wasserburg Heldringen in Thüringen. Auf dem Programm stehen unter anderem eine „Große 'Weihefeier zu Wodans Wiederkehr'“ und eine „Ahnenanrufung nach schamaniauischer Tradition“.

■ **Jena** - Der rund 120 Mitglieder starke neonazistische „Thüringer Heimatschutz“ (THS) distanziert sich in einer Presseerklärung von mehreren als militant bekannten Personen, die bisher in engstem Zusammenhang mit dem THS standen. So sollen die flüchtigen Jenaer Bombenbastler Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe „nie Mitglied des THS“ gewesen sein (s. BNR 2/00). Dem steht entgegen, dass der Hamburger Verfassungsschutz das Trio in seinem Bericht 1997 als „Angehörige des THS“ geoutet hatte. Unzutreffend ist auch die Behauptung in der von dem Spitzenfunktionär Tino Brandt stammenden Presseerklärung, dass der Jenaer Anti-Antifa-Strategie und NPD-Funktionär Andre Kapke wegen seines „unangebrachten äußeren Erscheinungsbilds“ nicht aufgenommen wurde. Ein internes Papier des thüringischen Verfassungsschutzes weist Kapke als eine der „Führungspersönlichkeiten des THS aus. Zwischen dem THS, der sich Mitte der 90er Jahre „Anti-Antifa Ostthüringen“ nannte, und der NPD besteht nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes ein „enger personeller Zusammenhang“.

■ **Laave** - In der Nacht zum 24. September haben 500 Polizeibeamte ein Skinkonzert mit 500 Teilnehmern im Gasthaus „Zum Goldenen Stern“ in Laave im Landkreis Lüneburg aufgelöst. Dabei kam es zu schweren Ausschreitungen, bei denen 46 Polizeibeamte verletzt und 32 Skins wegen Landfriedensbruch vorläufig festgenommen wurden. Die Ordnungsmacht vermutete hinter den Veranstaltern das verbotene Netzwerk B&H Division Deutschland. In einer Stellungnahme teilt das „Aktionsbüro Norddeutschland“ im „Auftrag vieler freier Nationalisten und vieler freier Gruppen im Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland“ mit, dass man sich nicht um die hohe Zahl der verletzten Polizeibeamten wundern müsse: „Wer mit Vorsatz solches Unrecht schafft, hat ganz bewusst mit dem Feuer gespielt, um unfriedliche Reaktionen der Betroffenen zu provozieren. ... Wir erkennen in diesem Vorgehen den Versuch des etablierten Systems, politisch andersdenkende (und ansonsten friedfertige) junge Menschen zu kriminalisieren, um ihnen den politischen Anspruch zu rauben.“

■ **Lägerdorf** - Ragnar Böhm (29) betreibt in der schleswig-holsteinischen Gemeinde Lägerdorf (Kreis Steinburg) einen Textilhandel mit rechtsradikalem Einschlag. In seinem Geschäft gehen Skinheads ein und aus. Er kümmert sich um den Verkauf von Fan-Utensilien des Oberliga-Fußballclubs TSV Lägerdorf und befriedigt offenbar auch Wünsche aus Hooligan-Kreisen. Über Jahre führte Böhm in Rendsburg einen Versandhandel und widmete sich dann dem Militaria-Handel. 1993/94 hatte er Kontakte zur verbotenen Nationalistischen Front um Meinolf Schönbohm. Für den Verkauf und Vertrieb von Textilien mit dem Aufdruck „Jungsturm Deutschland“ und mit der Odalsrune bekam Böhm bereits Kontakt mit der Justiz.

■ **Langen** - Der am 1. Mai 1999 in Brandenburg gegründete neonazistische „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) hat seinen Aktionskreis erweitert. Als Kontaktadressen werden jetzt angegeben: Gau Ruhr (Duisburg; Michael Thiel), Gau Westfalen (Siegen; Mirko Droszella), Gau Oberbayern (Reichersbeuren; Andreas Gruhle), Gau Rheinland (Köln; Axel Reitz) und Gau Brandenburg (Berlin; Michael Koth). Anführer der kleinen Neonazitruppe sind Thomas Brehl aus Langen, Ex-Kader der ANS/NA, und der Berliner Michael Koth; Ex-Kader der „KPD/Ost“. Der KDS gibt sich betont antikapitalistisch und propagiert einen deutschen Sozialismus.

■ **München** - Das Truppendienstgericht Süd in München hat den Antrag des Bundesverteidigungsministeriums abgewiesen, den Hauptmann Herbert Bastl und den Stabsfeldwebel Bernd Mayer als Funktionäre der Republikaner aus dem Dienst zu entlassen. Bastl ist bei 2. Instandsetzungsbaillon 210 in Ellwangen, im Nebenberuf Vorsitzender der Republikanischen Beamtenbundes und REP-Landesvize in Baden-Württemberg. Mayer ist in der Stabskompanie der Panzergrenadierbrigade 30 ebenfalls in Ellwangen tätig, Stadtrat in Neresheim und Mitglied des Kreistages im Ostalbkreis. Die Militärrichter kamen „bei Auswertung aller zum Gegenstand ... gemachten Beweismittel“, wie FOCUS berichtet, „nicht zu der Überzeugung, „die Partei der REP habe seit 1993 insgesamt oder überwiegend verfassungsfeindliche Ziele verfolgt“. Unter anderem heißt es, „grundsätzlich jedoch kann es einer politischen Partei, die sich nach ihrem Selbstverständnis als national und patriotisch definiert, von Rechts wegen nicht verwehrt werden, auf - nach ihrer Auffassung - beängstigende Ausmaße einer Überfremdung des deutschen Volkes durch den Zuzug von Ausländern hinzuweisen“. Das Verteidigungsministerium hat angekündigt, Rechtsmittel einzulegen.

■ **Passau/Regensburg** - Der DVU ist es mit gerichtlicher Hilfe letztinstanzlich gelungen, bei ihrer diesjährigen Veranstaltung in der Passauer Nibelungenhalle am 23. September ein umstrittenes Video des Holocaust-Leugners David Irving aufzuführen. Das Gericht war bei der Prüfung des Films und des zugehörigen Vortrags von Irving zu der Überzeugung gelangt, der Straftatbestand der Auschwitzlüge werde an keiner Stelle erfüllt. Es gehe vielmehr nur um die Bombardierung Dresdens. Die Stadt Passau hatte versucht, die Vido-Aufführung zu verhindern.

Ausland

■ **Chile (Santiago)** - Die chilenische Polizei hat Gerald Mücke, ehemals SS-Mann der „Leibstandarte Adolf Hitler“, nun stellvertretender Anführer und Sicherheitschef der Colonia Dignidad festgenommen. Mücke leitet die Colonia Dignidad, seitdem der eigentliche Chef Paul Schäfer vor vier Jahren untergetaucht ist. Mücke soll auch an politisch motivierten Morden gegen Andersdenkende auf dem Gelände der Sekte beteiligt gewesen sein. Bekannt ist, dass der chilenische Diktator Pinochet mehrfach offiziell in der Colonia Dignidad zu Besuch war.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8
 PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
 Heft 20-2000 / Abo 5292719000
 Antifaschistisches Pressearchiv
 und Bildungszentrum Berlin e. V.
 Falkensteinstr. 46
 10997 Berlin

■ **Spanien (Vila-Seca)** - „Ich bin ein Nationaldemokrat“ bekennt der in Spanien lebende österreichische Holocaustleugner Gerd Honsik in der neuesten Ausgabe (Herbst 2000; Nr. 102!) seines antisemitischen Hetzblattes „Halt“ (Postfachadresse: Vila-Seca/Spainien). Honsik schreibt: „Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands darf sich dem Verbot nicht beugen. ... Jetzt heißt es, Partei ergreifen ... Auf, Kameraden, auf zum gewaltfreien Widerstand!“ Honsik, dessen Onkel Amon Goeth Kommandant des NS-Konzentrationslagers Plasov bei Krakau war, wurde am 5. Mai 1992 in Österreich wegen NS-Wiederbetätigung zu eineinhalb Jahren Gefängnisstrafe verurteilt und flüchtete postwendend ins sonnige Spanien.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
 Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
 Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
 -verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
 Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto